

**Änderungsantrag** der Fraktionen der SPD und der CDU

**Nachtragshaushaltsgesetz und Nachtragshaushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2005 (einschließlich Veränderungen im Produktgruppenhaushalt)**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der Nachtragsproduktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert:

Produktplan:	11	Justiz
Produktbereich:	11.02	Ordentliche Gerichtsbarkeit
Produktgruppe:	11.02.01	Hanseatisches Oberlandesgericht Bremen

Der Anschlag bei den konsumtiven Einnahmen wird von 671 T€ um 27 T€ auf 644 T€ reduziert.

Der Anschlag bei den sonstigen konsumtiven Ausgaben wird von 425 T€ um 90 T€ auf 515 T€ erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der Nachtragshaushaltsplan wie folgt geändert:

Einzelplan:	01	Justiz und Verfassung, Sport
Kapitel:	0130	Hanseatisches Oberlandesgericht
Titel:	0130/112 02-1	Gerichtsgebühren und Geldstrafen

Der Anschlag wird von 671.000 € um 27.210 € auf 643.790 € reduziert.

Titel:	0130/532 21-7	Entschädigung für Sachverständige
--------	---------------	-----------------------------------

Der Anschlag wird von 94.690 € um 89.560 € auf 184.250 € erhöht.

Cornelia Wiedemeyer,  
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD

Helmut Pflugradt,  
Hartmut Perschau und Fraktion der CDU